



Wochensatz für Abonnementspreis in Breslau 2 Tlre., außerhalb incl. Porto 2 Tlre. 11/2 Sgr. Anfertigungsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Zeitungsart 1 1/2 Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 38. Mittag-Ausgabe.

Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 23. Januar 1862.

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**London, 22. Jan.** Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Newyork vom 20. d. M. ist die Bundesexpedition nach dem Mississippi bereit, Cairo zu verlassen; ein Theil der Expedition ist bereits nach dem Süden abgegangen.

**London, 22. Jan. Nachmitt.** Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Newyork v. 11. d. M. hat General Burnides Anapolis verlassen. Es war daselbst das Gerücht verbreitet, daß mehrere Divisionen dieser Expedition, deren Bestimmung noch unbekannt war, verstärken sollen. Das von dem Kongresse erwählte Comité hat vorgeschlagen, 150 Millionen Dollars durch Steuern im Laufe dieses Jahres zu decken. Den Streitkräften der Union unter den Generälen Frank und Will ist die Aussicht eröffnet worden, gegen Orleans zu marschiren.

**Hannover, 22. Jan. Ständerversammlung. Präsidentenwahl.** Die erste Kammer wählte Trampe, die zweite Geise. Die Regierung beansprucht 680,000 Thaler für die Göttinger-Gotha-Bahn.

**London, 22. Jan.** Ein Artikel der „Times“ billigt die energische Initiative, die Spanien bei der Intervention in Mexiko ergriffen. Es ist jedoch — sagt die „Times“ — gewiß, daß, wenn die Operationen im vollen Zuge sein werden, Frankreich die Leitung der Expedition übernehmen wird, wie es allein ein beträchtliches Truppencontingent nach Mexiko schickt.

Wahrscheinlich wird die Stadt Mexiko einige Zeit besetzt werden. Wenn das Ergebnis eben so glücklich ausfällt, als in Syrien, so wird die Welt Grund haben, vollkommen zufrieden zu sein. Auf jeden Fall kann Frankreich bei seinen Bemühungen, dort die Ruhe herzustellen, auf unsere Unterstützung rechnen. Selbst wenn die französische Occupation in Mexiko ein, zwei Jahre dauerte, würde sie auf dieser Seite des Kanals kein Mißvergnügen erregen. (S. das heutige Morgenbl.)

„Morning-Chronicle“ behauptet die Nothwendigkeit einer englisch-französischen Intervention in Nordamerika, um der Verhinderung der südpazifischen Häfen vorzubeugen und dem Kampfe zwischen den Kriegführenden Einhalt zu thun.

**Turin, 21. Jan.** Nach Berichten aus Rom vom 19. Jan. sollte am 18. bei Gelegenheit des Festes des heil. Petrus eine kirchliche Kundgebung daselbst erfolgen. Diefelbe ist jedoch vollständig gescheitert. Statt dessen fand eine überaus glänzende Kundgebung im nationalen Sinne statt. Man erblickte zahlreiche dreifarbtige Fahnen mit den Aufschriften: Es lebe die freie Kirche im freien Staate. Der Papst ist nicht König; es lebe Victor Emanuel, Italiens König! Am Abend stammten an vielen Orten dreifarbtige Feuer. Die Bevölkerung war sehr erregt.

## Preußen.

### Landtags-Verhandlungen.

#### Fünfte Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Präsident Gradow eröffnet die Sitzung gleich nach 1 Uhr. Am Ministertische: v. Patow, Graf Schwerin, Graf Büdler, v. Bernuth. — Die Tribünen sind ziemlich besetzt.

Die Schriftführerwahl ist so ausgefallen, wie sie gestern bereits angekündigt ist: v. Sauten (Lobau), Delius, de Sgo, Oppermann, Waffenge (Lobau), Jiegert, v. Woinin (Stolz), Krieger (Goldapp).

Die ständigen Commissionen sind gewählt und haben sich constituirt.

I. Commission für die Geschäftsordnung: v. Carlomag, Vorsitzender, Pannier, Stellv. des Vors., Dr. Frese (Minden), Schriftführer, Waffenge, Stellv. des Schriftf., Bieschel (Calbe), Krieger (Berlin), Martiny, Joggis, Schulze (Genthin), Bender (Olpe), Soente, Raus, Klose.

II. Petitions-Commission: v. Sauten-Julienfelde, Vorsitzender, v. Kirchmann, Stellv. des Vors., de Sgo, Schriftf., Ahmann, Stellv. des Schriftf., Wähler, Frenkel, Dr. Kisch, Senff, v. Hennig (Graudenz), Dunder, Wachsmuth, Blahmann, v. Rosenber-Lipinski, Leue (Salzwedel), Münzer, Schulz (Verford), Streder, Krieger, Dr. Rüning, Kleinmann, Müller (Arnswalde), Steffann, Jordan, Buschmann, v. Struensee, Hinrichs (Rummelsburg), Richter.

III. Agrar-Commission: Ambrohn, Vors., Lette, Stellv. d. Vors., Kuhwein, Schriftf., Kette, Stell. des Schriftf., v. Sanger, Gültzow, Kalau v. d. Hofe, Bieschel (Merseburg), Mengel (Brenzlau), v. Gottberg, Schmiedtke, Schmidt (Waderborn), Papendick, Haade.

IV. Commission für Handel und Gewerbe: v. Rönne (Solingen), Vors., Adpell (Danzig), Stellv. des Vors., Michaelis, Schriftf., Reide, Stellv. des Schriftf., Müller (Demin), Gaul, Salsfeld, Reichenheim, Dr. Beder, Overweg, Ludwig, Polt, v. Sybel (Glabbach).

V. Commission für Finanzen und Zölle: Kühne Vors., von Wenda Stellv. des Vors., Jiegler Schriftf., Reimann Stellv. des Schriftf., Compigne, Prince-Smith, Waldbausen, Schulze (Seehausen), Jacob, Hinrichs (Grimmen), Dr. Bernhardt, Osterrath, Graf Cieszkowski, Zur Wege, Hoffmann, v. Mallinrodt, v. Rathen, Westermann, Zumloh, Karsten, Rieh.

VI. Justizcommission: Simson Vors., v. Rönne (Glogau) Stellv. des Vors., Forstmann Schriftf., Koch Stellv. des Schriftf., Wabed, Schumann, Bering, Koppen, Wahl, Evers, Bürgers, v. Beugheim, Zimmermann, Krag.

VII. Gemeindec Commission: v. Diederichs Vors., Delius Stellv. des Vors., Dr. Wender Schriftf., v. Hilgers Stellv. des Schriftf., Aldenhoven, Dr. Baur, Loewe, Schneider, Dr. Jellenberg, Runge, Kleinwächter, v. Sauten (Lobau), v. Leitziger, Nitsche.

VIII. Unterrichtscommission: Hartort Vors., Tschow Stellv. des Vors., Fubel Schriftf., Gorkis Stellv. des Schriftf., Adpell (Breslau), Goeß, Krause (Magdeburg), Rothe, Gringemuth, Menzel, (Braunsberg), Müllenhies, Schmidt (Radow), Ritter.

IX. Budgetcommission: v. Bodum-Dolfs Vors., Osterrath Stellv. des Vors., Parrinus (Westphalen), Peterlen, v. Kehler und Fund Schriftführer, Kühne, Stavenhagen, Haeber, Krieger (Goldapp), Harfort, v. Hennig (Strasburg), Klog, Sello, Ottow, Hermann, Krause (Züllichau), Graf v. Hade (Wormin), Laddel, Westfen, v. Carnall, Sieber (Reife), v. Juhl, v. Baeris, Steinhardt, Andre, Borfche, Wehrnd, Kerst, Blahmann I., Dr. Schubert, Pieper, Birchow, Hagen, John.

Zunächst erhebt sich der Justizminister v. Bernuth: Durch allerhöchste Ermächtigung vom heutigen Tage bin ich beauftragt, dem hohen Hause einen Gesetzentwurf über die Anklagebefugnis des Verletzten im Strafverfahren zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme zu übergeben. Derselbe soll einem vielfach auch in der letzten Sitzungsperiode ausgeprochenem Bedürfnis Rechnung tragen. Während nach der früheren Criminalgesetzgebung der Richter unmittelbar mit den Anträgen der Verletzten auf Einleitung eines Strafverfahrens angegangen werden konnte, hat der neuere Anklageprozeß die Einleitung jeder Untersuchung von dem Antrage des Staatsanwalts abhängig gemacht. Der vorgelegte Gesetzentwurf soll eine Ausgleichung zwischen dieser ausschließlichen Befugnis des Richters und der ebenso ausschließlichen Abhängigkeit des Verletzten von den Anträgen der Staatsanwaltschaft bewirken, in der Art, daß, wenn die Anzeige einer straffrechtlichen Verletzung vom Staatsanwalt und Ober-Staatsanwalt zurückgewiesen ist, dem Verletzten das Recht zustehen soll, an das betreffende Appellationsgericht sich zu wenden. Der Entwurf betrifft also die Bedingungen und die Behandlung der Einleitung des Strafverfahrens. Das Appellationsgericht kann beschließen, entweder, daß dem Antrage des Verletzten keine Folge gegeben werde, und dann ist die Sache erledigt, oder ihn dem ersten Richter zur Einleitung der Sache zu überweisen, die dann ihren ordentlichen Gang nimmt. Diese Bemerkungen dürften vorläufig genügen. Die Motive werden gleichzeitig vorgelesen und warum davon abgesehen worden, das Institut der Privatanklage in die Gesetzgebung einzuführen. Ich stelle anheim, den Gesetzentwurf der Justizcomm. zu überweisen. Dies geschieht. Hierauf

verlangt das Wort der Minister des Innern Graf Schwerin: Auf allerhöchste Ermächtigung vom 11. d. M. überreichte ich dem Hause einen Gesetzentwurf, betreffend die ländliche Polizeiverwaltung in den sechs östlichen Provinzen. Der Gegenstand, so fügt der Minister hinzu, ist ein sehr schwieriger. Die obrigkeitliche Gewalt resultirt aus dem Unterthanigkeitsverhältnisse; die Verfassung hat die gutsobrigkeitliche Gewalt aufgehoben und es wurde versucht, in der Gemeindeordnung von 1850 zugleich mit einer Regelung dieser Verhältnisse vorzugehen. Dieser Gesetzentwurf ist nicht zur Ausführung gekommen, vielmehr ist durch ein Gesetz vom 14. April 1856 der Art. 42 der Verfassung aufgehoben und durch ein Gesetz von demselben Tage die gutsobrigkeitliche Gewalt wieder hergestellt worden. Nach Ueberzeugung der Regierung ist dieser Versuch kein glücklicher gewesen. Die Gutsobrigkeitsgewalt hat mit dem Wegfall aller Grundlagen, worauf sie beruhte, ihre Wurzeln verloren und es ist daher durch die Wiederherstellung weder die obrigkeitliche Autorität gestärkt worden, noch eine angemessene Handhabung der Polizei auf dem platten Lande herbeigeführt. Allseitig sind die großen Schwierigkeiten der Regelung dieser Verhältnisse anerkannt. Den Weg, auf die Gemeinde-Ordnung zurückzugehen, hält die Regierung nicht für den geeigneten, weil der Zeitpunkt noch nicht gekommen ist, die Verhältnisse auf dem platten Lande durch eine codificirte Gemeinde-Ordnung zu regeln. Man würde dadurch der Gemeindefreiheit mehr schaden als nützen; man würde Gemeinden und Güter zwangsweise in einen Verband hineinbringen, der allen Wünschen nicht entsprechen könne. Es bliebe also nur übrig, die Polizeigewalt auf dem Lande, soweit sie nicht der Ortsbehörde übertragen werden kann, den Landräthen zu übertragen, oder aber Bezirks-Einrichtungen zu treffen mit bezahlten Beamten. Beide Wege lassen sich nicht empfehlen. Die Regierung hat einen andern Weg gewählt; einen Weg, der allerdings eine Voraussetzung hat, von deren Zutreffen allein das Gelingen abhängt; wir rechnen auf den Gemeinfinn im Lande; wir rechnen darauf, daß sich Männer finden, welche die Polizeigewalt als ein Ehrenamt zu übernehmen geneigt sind. Es sind vielfach Zweifel darüber ausgesprochen worden, ob sich die Regierung nicht täuschen wird; die Regierung hält jedoch daran fest; sie baut auf den Gemeinfinn des Landes (Bravo). Ich gehe auf die einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes nicht ein, nur will ich bemerken, daß die ortsobrigkeitliche Gewalt nicht allein behandelt, sondern auch die Communal-Obrigkeit mit eingeschlossen wird, und es daher nöthig war, auch in dieser Beziehung Bestimmungen zu treffen. Es mußten daher die Verhältnisse der Ortsvorstände neu regulirt werden, und es wird vorgeschlagen, den Gemeinden ein Wahlrecht zu geben, und der Regierung nur das Bestätigungsrecht vorzubehalten. Ich empfehle den Gesetzentwurf Ihrer sorgfältigen Prüfung und stelle anheim, denselben einer besonderen Commission zu überweisen. Dies geschieht; es sollen 14 Mitglieder sein.

Ferner reicht der Herr Minister des Innern, in Gemeinschaft mit dem für Finanzen und dem für Landwirtschaft, einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Ablösung der mit dem Besitze gewisser Grundstücke verbundenen Berechtigungen und Verpflichtungen zur Verwaltung des Schuldenamts. Das Schuldenamt, fügt der Minister bei, ist wiederholt Gegenstand von Diskussionen in diesem Hause gewesen. Man erinnert sich, daß die Befreiung desselben in der Gemeindeordnung von 1850 vorgesehen war; da dieses Gesetz jedoch nicht in Wirksamkeit trat, vielmehr an seiner Statt das Gesetz von 1853, so ist auch das Schuldenamt bestehen geblieben. Viele Beschwerden sind darüber laut geworden, auf die hier ein weiteres Eingehen nicht nöthig ist. Der Gesetzentwurf will denselben abheben. Das Ablösungsverfahren ist der Regierung als das angemessenste erschienen, da es dem Besitzer wie der Gemeinde die Befugnis giebt, ihr Recht geltend zu machen und gegen einander abzuwägen. Der Minister stellt schließlich noch anheim, die Verabreichung der für den vorberichtigten Gesetzentwurf niedergelegten Commission oder der Agrarcommission zu übergeben. — Nach kurzer Erörterung beschließt das Haus, dem Antrage des Abg. Lette gemäß, die vorher festgesetzte Commission auch mit diesem Gesetze zu betrauen, sie jedoch auf 21 Mitglieder zu erhöhen.

Finanzminister v. Patow überreicht kraft allerhöchster Ermächtigung vom 31. Decbr. 1861 die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1859 mit den Anlagen, ferner kraft allerhöchster Ermächtigung vom 21. Januar das Budget für 1862, und einen Gesetzentwurf wegen Forterhebung des 25procentigen Zuschlages.

Der Finanzminister giebt darauf eine vorläufige Uebersicht des Etats. Danach betragen die Einnahmen 135,860,000 Thlr., die Ausgaben 140,900,000 Thaler, das Deficit etwa 5 Mill. Verglichen mit dem Deficit des Jahres 1861, welches nur 3,900,000 Thlr. betrug, würde das jetzige Deficit also größer sein; das sei aber nur scheinbar, weil im vorigen Jahre 1 1/2 Mill. Ueberschüsse aus 1859 mit in die Einnahme gerechnet sei; ziehe man diese ab, so bleibe ein Minderdeficit von 400,000 Thlr. Nun ergebe der 25proc. Zuschlag für das zweite Semester d. J. 1,850,000 Thlr. Zu diesen bleibe also 3,180,000; die Ueberschüsse von 1860 betragen 3,867,000; mithin blieben für den Staatsschatz dann übrig 686,000 Thlr. — Die Mehreinnahme gegen das vor. Jahr berechnet sich zunächst auf 765,000 Thlr., stellt sich aber in Wirklichkeit höher, weil in den 135 Mill. weniger extraordinäre Zuschüsse sind, als im vorigen Jahre; in Wirklichkeit beträgt sie 1,378,000 Thlr. Die Mehreinnahme kommen wesentlich aus den directen Steuern (500,000 Thlr.), aus den Zinsen (400,000), aus dem Salzmonopol (300,000 Thlr.). Durch Ersparnisse in den verschiedenen Ressorts fließe die Mehreinnahme sogar auf mehr als 2 Mill. An Mehrausgaben sollen davon verwendet werden: für die Staatsschulden-Verwaltung 300,000 Thlr., für das Handels-Ministerium 98,000 Thaler, für den Cultus 88,000 Thaler (darunter 50,000 Thlr. für Erhöhung der Lehrergehälter), für die Justiz 83,000 Thlr., für das Innere 75,000 Thlr., für die Marine 79,000 Thlr. das Kriegsministerium 68,000 Thlr.; dabei sind 50,000 Thlr. mehr für die Veteranen (Bravo). Dazu ein Extraordinarium, 38,000 Thlr., für Finanzgriffnahme des Saarkanals und 400,000 Thlr. zur Deckung des Deficits.

Der Schwerpunkt der diesjährigen Verhandlungen der Landesvertretung werde, wie im vor. J., unstreitig die Verabreichung über den Militäretat bilden. Die Reorganisation sei seit dem vor. Jahre dadurch weiter geführt, daß neue Infanterieregimenter von November an gebildet worden. Die Mittel, die früher nur für 2 Monate bewilligt worden, würden jetzt für ein ganzes Jahr im sechsfachen Betrage zu verlangen sein; den Anstrengungen der Regierung sei es aber gelungen, diese Summen innerhalb des Militäretats zu ersparen. Die Summe von 54,000 Thlr., welche im Ordinarium als plus für den Militäretat gefordert werde, habe mit der Frage der Reorganisation nichts zu thun, da sie Mehrausgaben betreffe, wie sie im Laufe einer jeden Verwaltung sich herausstellten. Die Regierung sei in den früheren Jahren von der Voraussetzung ausgegangen, daß naturgemäß eine fortschreitende Vermehrung der Staatseinnahmen eintreten werde und daß mit den Ergebnissen der aus dem Zuschlage sich angebenden Mehreinnahme und den aus der Grundsteuer zu erwartenden Erträgen das durch die Kosten der Militärorganisation sich ergebende Deficit in einer gewissen Reihe von Jahren werde gedeckt werden können. Diese Voraussetzung habe man als überpannt hingestellt; die vorjährige Budgetcomm. habe auch nicht geglaubt, daß diese Ueberschüsse 1/2 Million übersteigen würden. Aber in der That habe die Regierung richtiger gerechnet. Man dürfe nicht übersehen, daß 35,000 Thlr. als ein fruchttragendes Kapital für den Saarkanal in Anschlag zu bringen, welche wohl durch eine Anleihe zu decken gewesen wären; daß ferner die Einnahme um 945,000 Thlr. sich vermindert habe, die aus Steuerermäßigungen bei den Durchgangszöllen, Rheinzöllen, Bergwerks-Abgaben, Stempelsteuer, Zerstörungssteuer sich zusammenfassen. Nehme man auf diese bei jener Voraussetzung nicht vorausgesetzte Abnahme Rücksicht, so stelle sich eigentlich eine Mehreinnahme von 2,124,000 Thlr., statt 1 1/2 Mill. heraus. — Es sei eine weitreichende Beforgnis im Lande verbreitet, man spreche von österreichischen Zuständen, vom Ruin der preussischen Finanzen. Wenn dies wahr sein sollte, wie komme es denn, daß die Zinsen der Staatsschuld, daß die Gehälter der Beamten bezahlt würden, daß keine Anleihe aufgenommen werde, daß es bei uns keine schwebende Schuld gebe? Nicht nur bei uns keine schwebende Schuld vorhanden, sondern es befänden sich gegenwärtig zehn Millionen baar in der Staatskassa. Der Staatsschatz sei zwar auch als Quelle zur Deckung der Kosten für die Militär-Organisation bezeichnet; dennoch sei noch nicht ein einziger Thaler aus demselben dafür genommen worden, vielmehr seien die disponiblen Ueberschüsse des Jahres 1860 mit 615,000 Thlr. an den Staatsschatz abgeliefert, die des Jahres 1861 würden 1 1/2 Mill. betragen. Eine Verwaltung, die

dies habe thun können, führe den Staat gewiß nicht dem Ruin entgegen. Man sage allerdings, diese Mehreinnahmen würden nur durch eine unerträgliche Steuer-Anspannung erzielt. Aber die Ausgaben für militärische Zwecke erreichen bei uns keine höhere Quote, als in andern Ländern. (Der Minister verweist dabei auf die bekannten Artikel in der Sternzeitung über die Militärorganisation, die jetzt als Ganzes gedruckt und den Abgeordneten zugesandt sind.) — Neulich habe durch alle Zeitungen die Notiz die Runde gemacht und sei in fremden Blättern ausgebeutet worden, daß er (der Minister) kürzlich Sr. Maj. dem Könige vorgetragen, die Steuern gingen so schlecht ein, daß die Militär-Organisation in Frage gestellt sei. Dies sei durchaus unwahr. Im Jahre 1858 blieb auf je 1000 Thlr. ein Steuererlös von 16 Sgr., im Jahre 1859 von nur 12 Sgr. und im Jahre 1860 nur 11 1/2 Sgr. Die Reste seien also nicht gestiegen, sondern herabgegangen. Wie es mit dem Jahre 1861 stehe, könne er natürlich noch nicht wissen; aber nichts berechtigende bis jetzt zu der Annahme, daß der Abschluß ungünstiger als 1860 sein werde. So glaube er andeutungsweise den Beweis geliefert zu haben, daß der vorgelegte Etat nicht geeignet sei, Beunruhigungen zu erregen, sondern manche Beunruhigungen zu widerlegen.

Er wende sich jetzt zu dem Gesetze wegen der Forterhebung des Steuerzuschlages. So lange der Staat aus der Grundsteuer keine Einnahmen erziele, werde die Staatskassa den Zuschlag nicht entbehren können, doch werde der Zuschlag in Wegfall kommen, sobald die Grundsteuer eingehe. Bis zum Jahre 1865 werde der Zuschlag wohl erforderlich sein. Es komme nun darauf an, daß dieser Zuschlag nicht wie bisher auf 1 Jahr (vom Juli bis Juli), sondern bis Ende des nächsten Jahres, also auf 1 1/2 Jahre bewilligt werde. Die Bewilligung vom Juli bis Juli führe große Uebelstände mit sich; es ersähe z. B. das Defizit dadurch um 2 Millionen höher, als es in der That sei. Es komme allerdings dadurch nicht mehr oder weniger Geld in die Kasse, aber den ungünstigen Schein eines größeren Defizits dürfe man auf Preußen nicht haften lassen. Es würden sich Stimmen erheben, welche den Zuschlag überhaupt nicht mehr für nöthig halten; sollte diese Ansicht die Majorität finden, dann erledige sich die Frage so wie so; sollte jedoch, wie die Regierung hoffe, die Ueberzeugung Platz greifen, daß der Zuschlag nicht entbehrt werden könne, dann werde in der That der Schritt ein sehr mäßiger sein, dem ganzen Jahr noch ein halbes zuzulegen. (Verwunderung links.) Er glaube also den Vorschlag der Verabsichtigung des Hauses empfehlen zu können. — Auch dieser Entwurf geht an die Budget-Commission.

Auf Antrag des Abg. Stavenhagen wird der Vorbehalt wegen Bildung einer besonderen Militär-Commission gemacht, der eventuell auch die Novelle zum Gesetz vom 3. Septbr. 1814 zu übergeben sei.

Der Finanzminister überreicht hierauf einen Gesetzentwurf, betr. die Einrichtung und die Befugnisse der Oberrechnungskammer (Bravo). Die Schwierigkeiten einer solchen Regelung, bemerkt der Minister dabei, seien wohl genügend bekannt. Der Entwurf werde vielleicht nicht allen, aber jedenfalls billigen Erwartungen entsprechen; er werde zeigen, daß es der Regierung Ernst sei mit dem Vorhaben, die Verfassung auszubauen (Bravo links). Die Motive werde er heute noch nachzuliefern im Stande sein. Der Gesetzentwurf geht an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern.

Bei den Wahlprüfungen lag Abg. v. Bentkowski über die dem Wahlreglement widersprechende Auseinanderzerrung mehrerer Wahlbezirke im Bromberg'schen.

Minister des Innern: Ihm sei keine Beschwerde oder Petition in dieser Beziehung zugegangen; so lange ihm kein Gegenbeweis geliefert werde, er glaube, daß auch in der Provinz Posen die Behörden seinen Anweisungen nachgekommen seien (Bravo zur Rechten).

Weitere Wahlprüfungen liegen nicht vor; die Sitzung wird um 3 Uhr geschlossen. Uebermorgen soll die Wahl der heute beschlossenen Commissionen stattfinden; Material zu Plenarsitzungen liegt nicht vor.

**Berlin, 22. Jan. [Amtliches.]** Sr. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Musikdirektor und Musiklehrer Gebhardi an dem evangelischen Schullehrer-Seminar zu Erfurt den rothen Adlerorden vierter Klasse und dem Glöckner an der katholischen Pfarrkirche zu Schneidnitz, Florian Fuchs, das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Pofamentirwaaren-Fabrikanten Otto Schirmacher zu Königsberg i. P. das Prädikat eines königl. Hoflieferanten; und der Besitzerin einer Handschuh-Fabrik in Breslau, Wittwe Albertine Sudhoff, das Prädikat einer königl. Hoflieferantin zu verleihen.

Sr. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem Flügeladjutanten, Obersten Grafen v. Bismarck-Bohlen, Commandeur der 5. Cavallerie-Brigade, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Sultans Majestät ihm verliehenen Medschidje-Ordens dritter Klasse, dem Oberst-Lieutenant a. D., Kammerherrn Grafen Ratibor v. Wrshowez-Sekera und Sedzicz und dem Hofstaats-Sekretär Sr. königl. Hoh. des Prinzen Friedrich von Preußen, prinziplichen Hofrath Commersfeld, zur Anlegung des ihnen verliehenen resp. Commandeurs-Kreuzes zweiter Klasse und des Ritter-Kreuzes vom herzoglich anhaltischen Gesamtthaus-Orden Albrechts des Bären, sowie dem Seconde-Lieutenant v. Leipziger vom 1. Brandenburgischen Ulanen-Regiment (Kaiser von Rußland) Nr. 3 zur Anlegung des von des Herzogs von Braunschweig Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes vom Orden Heinrichs des Löwen zu ertheilen. (St.-A.)

**Berlin, 22. Jan. [Das Cobbe-Puzkische Urtheil.]** Der „Magdeb. Correspond.“ bringt, wie er angiebt, aus zuverlässiger Quelle in Betreff der kriegsgerichtlichen Untersuchung wider den Premier-Lieutenant v. Cobbe folgenden Artikel:

Es ist bis jetzt ein Urtheilspruch noch nicht publicirt, und die Annahme der Verurtheilung des Lieutenant v. Cobbe zu 5 Jahren, und des Lieutenant Puzke zu 2 Jahren Festungs-Arrest beruht nur in einer Muthmaßung, welche darauf sich gründen dürfte, daß 5 Jahre Gefängnis das höchste Strafmaß sind, welches auf den ersten Officier „wegen schwerer Körperverletzung, die den Tod zur Folge hatte, bei Annahme von mildernden Umständen“ zur Anwendung gebracht werden kann. Bekanntlich wird gegen Militär-Personen bei nicht militärischen Verbrechen und Vergehungen das Civil-Strafgesetzbuch in Anwendung gebracht. Dasselbe bedroht jeden wegen Todtschlags mit 2 Jahren Gefängnis bis zu 20 Jahren Zuchthaus, je nachdem mildernde Umstände dabei mitwirken; wegen schwerer Körperverletzung aber, die den Tod zur Folge hatte, mit 6 Monaten bis 5 Jahren Gefängnis bei Annahme von mildernden Umständen; mit mindestens zehn Jahren Zuchthaus jedoch, wenn mildernde Umstände nicht vorhanden sind. Festungs-Arrest verhält sich zur Gefängnißstrafe wie 3 : 2, zur Zuchthausstrafe wie 9 : 4, so daß also z. B. 5 Jahre Gefängnis = 7 1/2 Jahren Festungs-Arrest sind.

Die Anklage gegen den Lieutenant v. Cobbe ist „auf Todtschlag“ gestellt. Ob der Vertheidiger desselben, der Rechtsanwalt Haad in Glogau, ein bewährter Jurist, es durchgesetzt hat, daß nur auf schwere Körperverletzung, die den Tod zur Folge hatte, erkannt worden, wissen wir nicht. Jedenfalls sind die Ansichten der Juristen hierüber selbst getheilt, worauf die Anklage zu stellen sei. „Daß mildernde Umstände vorliegen“, ist uns aber schon aus der Voruntersuchung bekannt; denn wenn auch nicht festgestellt worden ist, daß der Lieutenant v. Cobbe thatsächlich angegriffen worden, so haben doch Zeugen-Aussagen bestätigt, daß er durch wiederholtes Schimpfen gereizt worden ist. Die Untersuchung hat ferner ergeben, daß der Lieutenant v. Cobbe nicht betrunken gewesen ist. Wäre die Annahme der Betrunkenheit auch ein Milderungsgrund vor dem Richter hinsichtlich des zu erkannten Strafmaßes, so wäre sie doch gerade hier eine schwere Anklage gegen den Lieut. v. Cobbe wegen der eigenhändigen Stellung des Disziplinarathes und würde die Dienst-Entlassung zur sichern Folge haben. Schließlich sei noch erwähnt, daß vor einem Kriegsgericht der Vertheidiger nicht so freies Wort hat, wie vor einem Geschwornengericht, weil vor einem Kriegsgericht nur die schriftlich aufgesetzte Vertheidigungsrede verlesen wird, um dann den Alten beigelegt zu werden. Der Einbruch, den die lebhafteste



